

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 45.

Leipzig, den 7. November.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Kitalerpedition F. W. Grellmann, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Die geehrten hiesigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.

Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Zum Dresdner Dienstmannstreit. — Die Bildung der Arbeiterklasse. — Gewerks-Genossenschaften. — Ein „Volksaufklärer“. — Aus England. — Dank. — Vermischtes. — Beilage: Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen. — Massenversammlung in Wien. — Vermischtes.

Politische Uebersicht.

Aus Spanien lauten die Nachrichten diesmal ziemlich hoffnungsvoll. Es ist wahr, die an der Spitze der Bewegung stehenden Generale zeigen sich immer mehr in ihrer wahren, nichts weniger als vertrauenerweckenden Gestalt; namentlich Prim hat die Maske nachgerade fallen lassen, und bereitet einen Staatsstreich vor, wie aus dem Bestreben, die Armee unter den Befehl seiner Werkzeuge zu bringen, mit Sicherheit erhellt: — allein auf der andern Seite entfaltet auch die Demokratie eine anerkannterwerthe, und bis jetzt mit Erfolg gekrönte Thätigkeit. Sie hat es durchgesetzt, daß das stehende Heer um 25,000 Mann, beinahe ein Viertel, vermindert ward, daß eine Anzahl reaktionärer Generale außer Landes geschickt, und daß die Wahlen für die Nationalversammlung um 14 Tage, von dem 15. November auf den 29. November verschoben worden sind. Dieser Aufschub wird der Demokratie mehr nützen, als allen übrigen Parteien. Sie hat nun Zeit, sich zu organisiren, ehe die Gegner ihr hindernd in den Weg treten können; das Volk über seine Interessen aufzuklären und die Immoralität und Verderblichkeit der gestürzten Monarchie den Massen augenfällig darzulegen. In Bezug auf letzteren Punkt bringt jeder Tag die „verdammendsten Thatfachen“ ans Licht. Daß Spanien am Rand des Bankrotts war, wußten wir längst; aber die Finanzverwaltung der Isabella hatte den genauen Stand der Dinge aus guten Gründen stets hartnäckig verhehlt. Jetzt ist der Schleier wenigstens zum Theil gehoben und bereits eine ungedeckte Schuld von 170 Millionen Thalern festgestellt! Solche Ziffern sprechen eindrucksvoller als die besten Reden der beredtesten Demokraten. „Billige Regierung“ ist seit Jahrzehnten die Losung der englischen Reformer. Die Spanier werden sich hoffentlich überzeugen, daß die Monarchie für sie ein unerlöschlicher, den Ruin der Nation mit sich bringender „Luxus“ ist. Ein französischer Journalist gab ihnen neulich den guten Rath, wenn sie ab-

solut nicht ohne König sein könnten, sollten sie sich einen wählen, der das Amt billig versehe, und ihn obendrein bloß auf dreimonatliche Kündigung nehmen. Da es viele wohlhabende Leute giebt, die für ihr Leben gern ein Krönchen trügen, so schlagen wir vor (natürlich bloß für den Fall, daß ein König für durchaus unerlässlich befunden wird), den spanischen Thron öffentlich an den Meistbietenden zu versteigern, jedoch unter Verbeibehaltung der Klausel betr. die dreimonatliche Kündigung. Es fände sich vielleicht ein mit mehr Geld als Verstand ausgestatteter Sonderling, der den Spaniern einen ersprießlichen Theil ihrer Schulden bezahlte und — nach einem Vierteljahr könnte man ihm ja kündigen.

Mittlerweile lenken wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf nachstehendes Programm, das Drense, einer der einflußreichsten Führer der republikanischen Partei, soeben veröffentlicht hat: „Form der Regierung: Die demokratische Föderativrepublik. Gesetzgebende Gewalt: Eine einzige, jedes Jahr durch direktes Stimmrecht zu wählende Versammlung. Ausführende Gewalt: Ein von dieser Versammlung auf unbestimmte Zeit ernannter Präsident, der in jedem Augenblicke nach dem Willen derselben absetzbar ist. Richterliche Gewalt: Ernennung der vollständig unabhängigen Richter durch die gesetzgebende und ausführende Gewalt; Bildung einer Spezialjury in den Fällen, wo dies nothwendig. Angelegenheiten, welche von der Central- oder Nationalregierung zu erledigen sind: Marine, Codifikation der Gesetze, Colonien, diplomatische Beziehungen, Statistik, Zölle, (so lange dieselben noch bestehen), Post- und Telegraphendienst, Consulate der Provinzen unter sich, Einheit der Münze, des Maßes und Gewichtes, Tilgung der öffentlichen Schuld und zum Zwecke dieser in Papier erfolgende Rückzahlung: Verkauf der königlichen Güter, des sonstigen Nationalbesitzes und der Minen, ein großes und gemeinsames System von Vicinalwegen, die ohne Inanspruchnahme von Frohndiensten zu erbauen sind. Hauptzweck der Regierung ist jedoch Schutz aller individuellen Grundrechte der Staatsbürger. Als solche sind zu betrachten: Individuelle Freiheit, Eigenthum, Cultusfreiheit, Freiheit der friedlichen Versammlungen und der Assoziation. Das Eigenthum darf vorbehaltlich vollständiger Entschädigung zum Zwecke von Straßen, Eisenbahn-, Canal-, Wasserleitungen, und Straßenbauten

die Anlegung öffentlicher Plätze inbegriffen) exportirt zu werden. Für immer sind abgeschafft: Die Sklaverei in den Colonien, die Zwangsarbeit für die Marine, das Salz- und Tabaksm monopol, die todte Hand sowohl in bürgerlicher wie religiöser Beziehung, Verzehrungssteuern, Hypothekensteuern (wobei jedoch die Zwischengebühr bestehen bleibt), die Präventivhaft, ausgenommen im Falle des Mordes, das Stempel-papier, Servituten, Nachbargerechtigkeiten, die Erlaubnißscheine für Waffentragen.

Unmittelbar werden einer Reform unterworfen: Die Zölle; ohne Abgabe werden zugelassen Rohmaterialien, um allmählich zu einer vollständigen Abschaffung der Zölle zu gelangen; die Bagno's und Gefängnisse; das Prozeßverfahren.

Unverleglich sind: Die Wohnungen des einzelnen Bürgers, die öffentliche Correspondenz. Freigegeben sind: Der Unterricht, die Handwerke, die Gründung von Banken und Credit-Instituten, (ein Gesetz bedroht jedoch die Verwaltungsräthe, welche sich eine Zuwiderhandlung gegen die Statuten zu Schulden kommen lassen, mit strenger Strafe). Leitung und Vertretung der Provinzen: Die Deputationen der einzelnen Provinzen werden, wie die Bürgermeister, die Gemeinderäthe und die Friedensrichter, durch allgemeines und direktes Wahlrecht gewählt. Ihre Berathungen sind öffentlich und es wird ein Protokoll der Sitzung zur Kenntniß des Publikums gebracht. Die Deputationen entscheiden alle nicht zum Ressort der Centralregierung gehörigen Angelegenheiten nach Maßgabe der in Kraft befindlichen Gesetze. Steuern: Sämmtliche Abgaben werden auf eine direkte und für alle Central-, Provinzial- und Municipalregierungen gemeinsame Steuer reducirt. Colonien: Sie genießen dieselben Rechte wie das Mutterland. Öffentlicher Dienst: Post- und Telegraphenverwaltung werden aus den Einkünften, welche sie aufbringen, erhalten. Die Gebühren aus Taxen werden thunlichst und zwar in dem Maße, als die Einnahmen sich vermehren, herabgesetzt. Es wird erklärt: die Bürgergarde hat allein das Recht, Uebelthäter zu verfolgen. Armee und Reserve werden zur Vertheidigung des nationalen Bodens verwendet. Freiwillige werden über Erhaltung der Ordnung im Innern wachen, jedoch weder Dienst noch unnütze Wachen thun. Spanien verzichtet auf jeden Eroberungskrieg, es wird nur dann zum Kampfe schreiten, wenn seine Unabhängigkeit bedroht ist.

Sehr vorthellhaft für die spanische Entwicklung ist der Ausbruch einer republikanischen Schilderhebung auf der Insel Cuba. An gewaltsame Dämpfung des Aufstands ist nicht zu denken. Das einzige Mittel, die wichtige Colonie zu erhalten, ist, daß das Mutterland dem Beispiel folgt und ebenfalls die Republik verkündet.

Erwähnt sei noch, obgleich eigentlich nicht mehr zu Spanien gehörig, daß die Gräfinin ihren Leibintendanten Marfori, den sie noch in St. Sebastian der Krone vorzog, plötzlich entlassen hat. An Ersatz wird es ihr nicht fehlen. Oder sollte sich schon das Sprüchwort bei ihr bewahrheiten: Junge Habsellen, alte Betschwestern?

Mittlerweile spielt Bonaparte eifriger als je mit der Kriegs- und Friedensschaukel. Bald ist das kriegerische Ende hoch oben, bald das friedliche, und die armen Zeitungschreiber und Börsenspekulanten, die das kaiserliche Spiel genau verfolgen wollen, sind in Verzweiflung. Unter dem Volk aber gährt es, und keine Gelegenheit wird versäumt, der Decezwirtheitschaft (*) Haß und Verachtung zu bezeugen.

*) Bonaparte stürzte am 2. Dezember 1851 die republikanische Verfassung.

Bemerkenswerth ist eine Gedankenströmung, die sich neuerdings im Elsaß kund thut, und die der französischen Regierung nicht angenehm sein dürfte. Die bekanntlich durch und durch deutschen Bewohner sind unzufrieden mit dem Militarismus und Cäsarismus, und sehnen sich nach der Vereinigung mit — Deutschland? es giebt ja kein Deutschland und die Zustände in den Länderken, die vor ihrer Auseinanderreißung im Jahre 1866 Deutschland waren, sind gewiß nicht einladend — nein mit der freien Schweiz. Ein glänzender Beweis, daß für politisch entwickelte Menschen die Nationalitätsfrage nichts ist, alles die Freiheitsfrage (im höheren, umfassenden Sinne des Wortes.)

Bismarck fortwährend krank und Manntauffel frisch und lustig in Berlin — kein Wunder, daß es den Freunden des „genialen Staatsmannes“ etwas bänglich zu Muthe wird und daß die Gerüchte von einer Wiederherstellung der „Heiligen Allianz“ zwischen Preußen, Rußland und — Oesterreich auf Grund des Zustands vor 1866 von Neuem auftauchen. Wir haben bloß zu wiederholen, was wir bereits, früher gesagt: es giebt allerdings in Berlin eine Partei, welche auf den Boden des Legitimus zurückkehren möchte, weil sie die revolutionären Consequenzen der Anneignungspolitik fürchtet, aber diese Partei hat ebenso wenig Aussichten, wie auf wirtschaftlichem Gebiet die Anhänger des Mittelalters, die uns den Zunftsoß wieder anhängen möchten. Und gegen wen und was sollte sich denn „Heilige Allianz“ richten? Gegen den französischen Kaiser und gegen die demokratische Bewegung, die von ihren Feinden „revolutionär“ genannt wird. Nun ist aber von Preußen ganz zu schweigen, der Oesterreichische Staat durch die Bismarck'sche Politik in eine Lage gebracht worden, wo ihm die Demokratie als einziges Rettungsmittel, und Frankreich unter gewissen, sehr wahrscheinlichen Bedingungen, als wichtigster, wenn nicht einziger Bundesgenosse erscheinen muß, so daß also Oesterreich durch Anschluß an die „Heilige Allianz“ sich gegen sich selbst alliren würde.

Inzwischen hat Preußen in Sachen der Militärverträge mit Sachsen und den südwestdeutschen Staaten einen etwas übereilten Rückzug angetreten. Ein Finger erhob sich in Paris und — Preußen ist ein Großstaat, und so großmächtig, daß es, wie Bismarck uns im Reichstag sagte, seine Soldaten nicht alle zählen kann. „Der Muthige weicht zurück.“

Der Landtag ist am Mittwoch eröffnet. Der Inhalt der „Thronrede“ heißt: Defizit. Die Herren National-liberalen, die uns weiland von der hohenzollern'schen Einheit die fabelhaftesten politischen und finanziellen Segnungen versprachen, berühren das häßliche Thema nicht gern.

Guido Weiß, Redakteur der Berliner „Zukunft“ ist soeben zu 14tägigem Gefängniß verurtheilt worden, wegen Mangels an „norddeutschen — Patriotismus“. Er hatte nämlich, anknüpfend an das famose Wort Bismarck's, gezeigt, daß der „Liberalismus“, in dem Preußen den Süddeutschen um 30 Jahre voraus sei, ein sehr sonderbarer Liberalismus sein müsse, und nichts weniger als anziehend.

Mit dem wachsenden Nothstand hält in Ostpreußen der Eifer der Steuerexekutoren gleichen Schritt. Das Amtsblatt der Gumbinner Regierung vom 27. Octbr. bringt die Anzeigen von nicht weniger als 60. schreibe sechzig gerichtlichen Zwangsverkäufen von Grundstücken!

Charakteristisch für das preußische Regierungssystem ist folgender Vorgang. Im Sommer des vorigen Jahres bildete sich in Schleswig-Holstein ein Wahlverein, welcher gegenüber der Verpreußungspolitik deutsch-nationale Prinzipien pflegte, und bei den Wahlen zum Berliner Reichstag, zum Landtag und zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeinde-Ver-

trungen diese Prinzipien zur Geltung zu bringen beabsichtigte. Der Verein hatte sich kaum konstituiert, als er am 20. Oktober v. J. auf Antrag der Staatsanwaltschaft geschlossen wurde. Der Wahlverein, hieß es, sei kein Wahlverein, sondern ein Verein von allgemeinen Zwecken und als solcher verstoße er gegen § 8 des Vereinsgesetzes. Das Amtsgericht in Kiel war derselben Ansicht: es sprach volle Billigung der gegen den Verein ergriffenen polizeilichen Maßregeln aus und verurtheilte obendrein die Vorstandsmitglieder je zu 5 Thalern Strafe und 2 Thalern Kosten. Damals war der Beweis, der von den Angeklagten geführt wurde, daß der Wahlverein ein einziger Verein sei und keine Zweigvereine besitze, vergeblich. Jetzt hat nach Verlauf eines Jahres das Kieler Kreisgericht gerade auf diesen Beweis hin die Angeklagten von jeder Schuld freigesprochen; die Rückgabe der confiscirten Papiere ist verfügt und die Schließung des Vereins aufgehoben. Es ist wohl möglich, daß er seine Thätigkeit wieder aufnehmen wird, aber die Wahlen für den preussischen und schleswig-holsteinischen Landtag und für die Kreistage sind jetzt vollzogen — ohne daß dem Verein eine Mitwirkung möglich war — er war ja ein ganzes Jahr hindurch suspendirt! Somit hat die preussische Regierung ihren Zweck, den Verein, so lang er ihr Schaden konnte, zu unterdrücken, erreicht, und schließlich doch den Schein der Gerechtigkeit gewahrt. Kommen neue Wahlen, und hat der Verein sich dann wieder neu gebildet, so wird man sich ihn abermals vom Hals zu schaffen wissen. Die Willkür in gesetzliche Formen gebracht, brutale Gewalt mit dem Schein des Rechts umhüllt, das war, ist und bleibt Preußen.

An einigen Höfen hält man seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts Hofpoeten statt der bis dahin modischen Hofnarren. Ob sich die Fürsten dabei besser stehn, dürfte zu bezweifeln sein. Genug, ein solcher Hofpoet, im Dienst des Bayernkönigs, sang vor kurzem den König von Preußen mit hospoetischer Servilität an, verherrlichte das Anneküren und bekam kein Trinkgeld. Das war Pech aber nicht das einzige. Der Bayernkönig, der nicht gern annekürt sein will und an das: Weß Brod ich eß, deß Lied ich sing, dachte, nahm dem Hofpoet seine Pension. Der Hofpoet, er heißt Geibel, und ist allen deutschen Backfischen wohlbekannt, wird jetzt von den Nationalliberalen als Märtyrer gepriesen. Hosfentlich verabreicht ihm der Angesehene nachträglich das vergessene Trinkgeld. — gegen einen jubelt man, daß der König so fest und tapfer gewesen — gegen einen Hofpoeten! O Jammer. (Das Trinkgeld ist verabreicht worden). —

Hr. Ludwig Bamberger, ein Hauptschreier der Nationalliberalen, ist soeben zu Mainz in zweiter Instanz wegen Wahlbestechung verurtheilt worden. Beste Männer.

In Oesterreich, wie auch anderwärts verräth das Bürgerthum eine, von traurigster Schwäche zeugende Mattigkeit und Schlassheit. Ein bürgerliches Ministerium ist am Ruder, und was haben die Bürger gethan, um es zu kräftigen? Nichts. Die bürgerlichen Vereine sind fast ohne Ausnahme kümmerliche Treibhauspflänzchen, und nicht viel besser, als ein solches Philisterkränzchen, ist die Majorität im Reichsrath. Statt durch gesundes Vorwärtstreben, durch Anbahnung gründlicher Reformen die gegenwärtige Ordnung der Dinge zu befestigen, schrecken die „freisinnigen“ Abgeordneten vor jeder ernsthaften Opposition zurück und sind in einem Vertrauensdusel verfallen, der dem des preussischen Bürgerthums zur Zeit der neuen Aera ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern und dieselben Früchte tragen muß. Neuerdings haben sich sämmtliche liberalen Fraktionen zu einem einzigen „Club“ zusammengethan, der sich zwar der „Club der Linken“ nennt, aber einen durch und durch ministeriellen Charakter hat.

Anders ist es unter den Arbeitern. Hier finden wir Begeisterung und Energie! Sie sind die Stütze des verjüngten Oesterreichs. Und zum Dank werden sie von dem „bürgerlichen Ministerium“ scheel angesehen, diskantirt, außer dem Gesetz erklärt! — Wie mächtig die Arbeiterbewegung in Oesterreich ist, ersieht der Leser aus dem in der Beilage folgenden Bericht über die letzte große Volksversammlung in Wien.

Der Wehrausschuß hat das Wehrgesetz in allen wesentlichen Punkten angenommen. Was wird der Reichsrath thun? Daß es in Oesterreich nicht an Männern fehlt, die den Militarismus durchschaut haben und das System der stehenden Heere mit den Interessen der Völker unverträglich halten, das zeigt die nachstehende Resolution, welche der Grazer Demokraten-Verein gefaßt hat.

„In Erwägung, daß der Aufwand für das Heer den Staat bereits an den Rand des Bankrotts gebracht hat; in Erwägung, daß das gegenwärtige Heerwesen einen beträchtlichen Theil der Bevölkerung für viele Jahre der produktiven Arbeit entreißt und ihn zu einer außer der Verfassung stehenden, dem Volke entfremdeten Kastei und zu einem willenlosen Werkzeuge des Absolutismus erzieht — erklärt die Volksversammlung: 1. „Das gegenwärtige Militärwesen führt zum volks- und staatswirthschaftlichen Ruin und ist eine Gefahr für die Verfassung und die politische Freiheit des Volkes. 2. Die vom wirthschaftlichen Standpunkte für die Dauer allein mögliche Staatswehr, welche zugleich die einzige wirkliche Garantie der Verfassung und Freiheit bildet, ist das bewaffnete Volk selbst, ist eine allgemeine Volkswehr. 3. Die neue Wehrverfassung ist daher schon nach dem Principe des Volksheeres auszuarbeiten, und sollen insbesondere folgende Grundzüge sogleich zur Ausführung gebracht werden: a) allgemeine Wehrpflicht ohne Kostaus, Stellvertretung und Befreiung; b) Beseitigung alles dessen, was nicht für die Tüchtigkeit des Heeres, sondern bloß zur Erhöhung des äußeren Glanzes desselben dient; c) Herabsetzung der sogenannten Präsenz auf die zur Abrihtung nothwendige Zeit; d) Abrihtung in den Verbbezirken; e) Unterstellung sämmtlicher Militärpersonen unter die Civil-Gerichtsbarkheit; f) Beerdigung der Offiziere auf die Verfassung; g) Theilnahme sämmtlicher Militärpersonen an allen verfassungsmäßigen Rechten der Staatsbürger; h) sofortige Einführung des obligaten Turnunterrichts in allen Volksschulen, und i) sofortige Einführung des Wehr-Unterrichtes für reisere Jünglinge mit Beseitigung der bisherigen Instituts-Erziehung.“

Erstlich ist, daß die Ungarn sich immer fester an Deutsch-Oesterreich anschließen. Sie begreifen, daß der nächste Krieg Rußland auf Seiten Preußens sehen wird, und daß im Fall eines Sieges der beiden Verbündeten Ungarn von den slavischen Elementen überschwemmt werden müßte.

Nach einem unterirdischen Telegramm ist Grant, der republikanische Candidat, am Mittwoch (4. November) mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwählt worden.

Am 31. October wohnten die Herren Motteler und Bebel dem Stiftungsfest des Meeräuer Volksvereins bei. Herr Motteler hielt die mit viel Beifall aufgenommene Festrede. Abends in der neunten Stunde reisten die Genannten nach Geta zu einer Arbeiterversammlung, die Herr A. Brockmann im Vereinslokal des neugegründeten demokratischen Arbeitervereins einberufen hatte. Trotz der sehr späten Stunde war das Lokal gedrängt voll und zwar bestand die Mehrheit der Versammlung aus Anhängern der national-liberalen Partei, unter ihnen viele Mitglieder des Wartenburg'schen Ar-

beiter-Fortbildungs-Vereins. Herr Bebel setzte in einem längeren Vortrag die Prinzipien der Volks- und Arbeiterpartei auseinander und theilte dabei scharfe Hiebe gegen die National-Liberalen aus. Nach Schluß des Vortrags wurden die Gegner aufgefordert ihre Einwendungen zu machen. Anfangs hatte keiner den Muth herauszugehen, auf das wiederholte Drängen des Vorsitzenden und die fragenden Blicke der Versammlung nahm endlich ein Herr Erbe das Wort. Die in viele Freundschafts- und Zustimmungserklärungen gewickelte Entgegnung des Redners wurde zunächst von Bebel, dann von Motteler in längerer Rede unter allgemeinstem Beifall beantwortet. Ein zweiter Redner, dessen Name uns entfallen ist, eilte dem hart bedrängten Herrn Erbe, der sich mit jedem Worte in immer größeren Widerspruch mit sich selber verwickelte, zu Hülfe. Aber auch er mußte das Gewehr strecken. Komisch war es mit anzuhören, wie die Gegner Anfangs sich gegen den Vorwurf des National-Liberalismus wehrten und dabei stets mit den bekannten Redensarten dieser Partei zu entgegnen suchten. Als die Versammlung Nachts 2 Uhr geschlossen wurde, (sie begann erst nach 1/2 11 Uhr) war die allgemeine Stimmung entschieden auf Seiten der Demokratie, selbst viele Mitglieder des Arbeiter-Fortbildungs-Vereins schienen mit einer andern Gesinnung das Lokal zu verlassen. Herr Wartenburg war nicht zugegen. Da in nicht ferner Zeit eine zweite allgemeine Versammlung von demokratischer Seite in Gera abgehalten werden soll, so giebt es hierbei hoffentlich Gelegenheit, mit den gegnerischen „Führern“ sich gründlich auseinanderzusetzen.

Nächsten Tages reisten Bebel und Motteler nach dem 3 Stunden von Gera entfernten Münchenbernsdorf, ein Marktstädtchen im Weimarischen, wo kürzlich ebenfalls ein Arbeiterverein gegründet worden ist. Die Bevölkerung besteht meist aus Webern und anderen Gewerbetreibenden. Beide Gäste sprachen hintereinander in längeren Vorträgen zu der zahlreichen Versammlung, und wie die zustimmenden Mienen und der kräftige Beifall bewiesen, mit dem besten Erfolg. Namentlich wandten sich die Sprecher auch an die stark vertretenen Landleute und forderten sie auf, brüderlich Hand in Hand zu gehen mit dem industriellen Proletariat, mit dem sie im wesentlichen gleiche Interessen zu verfolgen und gleiche Gegner zu bekämpfen hätten. Täuscht uns nicht Alles, so wird der dortige Verein, dessen Vorsteher Herr Ernst Schneider, (ein Weber) ist, in Folge dieser Versammlung einen recht kräftigen Aufschwung nehmen. Jedenfalls hat die demokratische Partei durch diese beiden Versammlungen ein Gebiet erobert, das ihr bisher verschlossen war und von dem sie gute Früchte ernten wird. Der Geraer demokratische Verein unter Brockmann's Leitung und der Münchenbernsdorfer Verein haben sich dem Verband der deutschen Arbeiter angeschlossen.

Vorigen Sonntag hatte in Gundsorf (bei Stollberg) eine wohlbesuchte Volksversammlung statt, auf der Herr Werner von Leipzig mit vielem Beifall sprach. Eine für denselben Tag im benachbarten Hornersdorf anberaumte Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil der erwartete Redner bei der schwierigen Kommunikation nicht rechtzeitig erscheinen konnte. Unsere Freunde im 19. Wahlbezirk bitten wir, sich wegen etwaiger Vorträge, Versammlungen, und überhaupt in allen Parteianglegenheiten an das Centralkomitee in Stollberg (Herr Webermeister Graupner) zu wenden, damit die Organisation in systematischer Weise vor sich gehen kann. Von Leipzig und anderwärts werden jetzt regelmäßig Vortragende in jene Gegend kommen.

Der Herr Reichstagsabgeordnete Försterling kam auf seiner Geschäftsreise für die Firma Hagfeldt u. Comp. die Nachricht aus, Liebknecht und Bebel seien Gegner des allgemeinen Wahlrechts, denn als im Zollparlament ein Antrag gegen die Seitens der württembergischen Regierung erfolgte Beschränkung des Wahlrechts gestellt ward, habe Liebknecht dagegen gestimmt, und Bebel „sich gedrückt“. Weiß Herr Försterling denn nicht, daß es beim Zusammentritt des Zollparlaments nur eine politische Frage gab: Soll die Competenz des Zollparlaments erweitert, und dasselbe zu einem „Vollparlament“ gemacht werden? Oder soll das Zollparlament Zollparlament bleiben? Ersteres wollten die National-Liberalen und sonstigen Freunde Bismarck's. Für Letzteres war die gesammte Demokratie. In die Frage der württembergischen Wahlen hatte das Zollparlament sich nicht zu mischen. Für den betreffenden Antrag stimmen, hieß einfach für die Bismarck'sche Politik stimmen, die den südwestdeutschen Staaten einen Strick um den Hals zu legen wünschte. Liebknecht mußte als Demokrat dagegen stimmen und that es; Bebel war bei der Abstimmung zufällig nicht anwesend. (Er hat beiläufig nicht die Gewohnheit, „sich zu drücken“ — wie Herr Försterling, der fast während der ganzen wichtigen Zollparlamentssession fehlte.) Wenn Herr Försterling für den Antrag stimmte, stimmte er damit für die Bismarck'sche Politik. Wir wollen gern glauben, daß er das Reaktionäre seines Verfahrens damals so wenig begriffen hat, als jetzt.

Die Beilage der vorigen Nummer des „Demokr. Wochenblatts“ wurde wegen Abdrucks der Adresse an die Demokratie Spaniens mit Beschlag belegt. Der Redakteur ist noch nicht vernommen worden, und wir beschränken uns daher heute auf die Bemerkung, daß die in derselben Beilage mitgetheilte Adresse französischer Arbeiter, welche mit jener deutschen im Inhalt übereinstimmt und in der Form nicht weniger scharf ist, unbeanstandet in den Pariser Blättern erscheinen konnte. Es will uns darnach bedünken, die Beamten des „liberalen“ Sachsen könnten von den Beamten des despotischen Frankreich etwas Liberalismus lernen.

Bebel, der die Adresse der sächsischen Sozialdemokraten in der neulichen Volksversammlung verlesen hatte, war am Donnerstag auf das Bezirksgericht geladen.

Zum Dresdner Dienstmannstreit.

Die Dresdner Polizei ist mit ihrem Dienstmannregulativ, welches bekanntlich nur in festem Lohn stehenden Leuten das Tragen von Abzeichen gestattet, vollständig auf den Sand gerathen, denn außer Herrn Geude, welcher sein Musterinstitut nicht ganz auflösen wollte, haben jetzt auch die andern beiden autorisirten Unternehmer erklärt, daß sie mit diesem System nicht fortwirthschaften können. Dresden wird also, wenn das Regulativ nicht fällt, durch die Fürsorge seiner Polizei ganz ohne Dienstmänner sein. Gegen das Regulativ und speziell gegen den Unternehmerparagrafen, sowie gegen die Verpflichtung der Dienstmänner, jedem Wunsche der Polizei nachzukommen, bez. derselben von allen ihren Berrichtungen Rechenschaft zu geben, hat sich die „Demokratische Partei“ in einer stark besuchten und volle drei Stunden währenden Versammlung einhellig ausgesprochen. Das Verfahren der Polizei dem Tumulte gegenüber hat Dr. Otto Walzer in einer Broschüre, welche das Resultat der im „Rechtsschutzverein“ stattgefundenen Erörterungen wiedergiebt, einschneidend kriti-

sirt. Die radicalste Abhülfe würden, wenn sie Annahme fänden, die von Prof. Wigard bei den Stadtverordneten eingebrachten Anträge versprechen, welche nicht bloß das Regulativ als Produkt der jetzigen Polizeiverwaltung, sondern diese selbst treffen und Rückgabe derselben an die Stadt sowie Erlassung eines Polizeistrafgesetzbuchs, sowie eines Gesetzes über das Verfahren vor den Polizeibehörden verlangen. Den Antrag auf Rückgabe der Polizei an die Stadt unterstützte der städtische Verein in einer am Montag gefassten Resolution; dagegen schreckte die nationalliberale Majorität desselben vor einem Antrage, welcher die gegenwärtige Leitung der Polizeiverwaltung als ihrer Aufgabe nicht gewachsen bezeichnete, wie früher vor der Erörterung der Dienstmannfrage überhaupt und später vor der vorgeschlagenen Besprechung des Tumultes, zurück. Es wäre kein Wunder, wenn die meist nach Vorschlägen dieses Vereins gewählten Stadtverordneten sich zuletzt ähnlich benähmen. Die Aufnahme der Wigard'schen Anträge, von denen der die praktische Frage in dem ganzen Dienstmannstreite berührende leere Formalismus gepöfert wurde, die übrigen an eine Verfassungskommission kamen, die sich binnen einer Woche noch über keinen einzigen schlüssig gemacht hat, läßt uns nichts Gutes ahnen. Unsere Freunde in Dresden haben noch viel zu thun, bis die bürgerliche Freiheit in der Vertretung der Bürger- und Einwohnerschaft eine feste Stütze finden wird.

Die Bildung der Arbeiterklasse.

Unter den Mitteln, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, ist von den Bourgeois-Dekonomen in erster Linie stets die Bildung genannt worden. Die liberalen Elemente der Bourgeoisie nahmen sich mit einem anerkennenswerthen Eifer des Unterrichts in den zu diesem Behuf gegründeten Arbeitervereinen an. Es ist auffallend, daß die Herren den Widerspruch nicht merkten, in den sie dadurch mit ihrer Behauptung geriethen, daß die politischen Zustände in keinem Zusammenhange mit der sozialen Frage ständen. Der Arbeiter sollte sich nicht um Politik kümmern, aber wurde er nicht gerade dadurch auf sie hingewiesen, daß man es für nöthig erachtete, ihm in reiferen Jahren diejenigen Kenntnisse zuzuführen, welche die Söhne der Bourgeoisie, der Geistlichkeit und des Adels bereits auf den Schulen erhalten? Mußte er sich nicht sagen, daß der Staat die Schuld trage, wenn er auf den Volksschulen nicht lernen könne, was er braucht? Denn selbst da, wo die Schulen aus dem Gemeindefäckel unterhalten werden, ist es der Staat, welcher das Maß der Kenntnisse vorschreibt, das die Schulen je nach ihrer Art zu lehren haben. Ist doch selbst die oft gerühmte Lehrfreiheit der Universitäten nichts anderes als die Erlaubniß des Gefangenen in seinem Kerker auf- und abgehen zu dürfen.

Ferner hätte man meinen sollen, daß die freisinnige Bourgeoisie, da sie die Bildung der Arbeiterklasse für so höchst wichtig erkannte, mit Energie auf die Verbesserung der Volksschulen hinarbeiten würde. Sie hat nichts dafür gethan. In Preußen hatte die Fortschrittspartei bei ihrer Bildung unter der sogenannten „Neuen Aera“ die Verbesserung des Volksunterrichts ausdrücklich auf ihr Programm gesetzt. Aber bis zu dem offenen Ausbruch ihrer inneren Fäulniß hat sie weder in der Kammer noch in ihrer Presse je ein Wort für diesen Punkt ihres Programms gehabt. Und doch mußte sie wissen, wenn sie selber ihren Anspruch auf Bildung rechtfertigen wollte, daß ein gründlicher Volksunterricht das sicherste Fundament der Freiheit ist. Sie mußte wissen, daß z. B. die Schweiz es vor allen Dingen dem vortrefflichen Zu-

stande ihrer Volksschulen verdankt, wenn ihre Freiheit allen Angriffen pfäffischer und politischer Reaktion von innen und außen stets siegreich widerstanden hat. In Sachsen mußten wir es sogar erfahren, daß der Mangel an Bildung, der doch lediglich dem Staat zur Last fällt, gegen die Arbeiter geltend gemacht wurde, um sie von dem allgemeinen Wahlrecht auszuschließen!

So lange der Volksunterricht seine gegenwärtige verkümmerte Gestalt behält, wird also der Arbeiter genöthigt sein, in späteren Jahren nachzuholen, was ihm die Schule nicht bietet. Das Bedürfniß nach einem größern Maß von Kenntnissen und nach Bildung ist zu tief gefühlt, zu dringend, um es abzuweisen. In welcher Weise ist nun die Bildung des Arbeiters von Einfluß auf die Verbesserung seiner Lage? Rechnen, Buchführung, Geographie, Geschichte u. s. w. ändern das Lohngesetz nicht und schützen den kleinen Meister nicht vor der Ausbeutung durch das große Kapital. Also: ist die Bildung überflüssig? In der That giebt es Arbeiter genug, welche dieser Ansicht sind und von Bildung jetzt nichts wissen wollen.

Der Einfluß der Bildung ist ein doppelter. Sie macht den Menschen sittlicher und sie macht ihn frei. Der Arbeiter welcher Geschmack an geistiger Beschäftigung findet, wird seine Freistunden lieber mit einem guten Buche hinbringen und einem gemeinnützigen wissenschaftlichen Vortrage zuhören, als sein Vergnügen in der Schänke suchen oder in Tanzlokalen, wo er weiß, daß es zum Schluß „Prügel von der besten Sorte“ giebt. Es ist die Ausbildung des Verstandes, welche die Sitten mildert und veredelt; denn das Herz empfindet, wie der Kopf denkt. Auf der Ausbildung des Verstandes beruht aller Fortschritt und darum konnte auch der Engländer Buckle sagen: „Die Wissenschaft ist der Tempel der Demokratie.“ Denn das Wissen lehrt den Menschen die Gewalten der Natur bändigen, vor denen er früher gezittert hat; durch das Wissen macht er sich dieselben dienstbar; das Wissen zerreißt die Banden des Aberglaubens und der Vorurtheile und wischt der Gewalt die Schminke des Rechts von den Wangen. Das Wissen macht frei, weil es denken lehrt, und nur der Denkende ist frei.

Der Endzweck der Bildung kann daher auch für den Arbeiter nur der sein, ihn durch das Wissen geistig frei zu machen. Hat die Bourgeoisie dem Arbeiter gegenüber dieses Endziel im Auge gehabt? Nie und nimmer mehr; der Arbeiter war unter ihrer Leitung

„wie ein Thier auf dürrer Haide,
Von einem bösen Geist im Kreis herum geführt,
Und ringsumher liegt schöne, grüne Weide.“
(Schluß folgt.)

Gewerks-Genossenschaften.

Der Genfer nationale Arbeiter-Kongreß (1866) nahm auf Antrag des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation folgende Resolution an:

„Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Gewerks-Genossenschaften (Trades-Unions).

1. Ihre Vergangenheit. Das Kapital ist eine concentrirte gesellschaftliche Kraft, während der Arbeiter nur über seine persönliche Arbeitskraft zu verfügen hat. Ein Vertrag zwischen Kapital und Arbeit kann daher niemals auf gerechter Grundlage in dem Sinne einer Gesellschaft abgeschlossen werden, welche den Besitz der materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf Eine, und die lebendige Produkt-

tionsfähigkeit auf die entgegengesetzte Seite stellt. Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter besteht in ihrer Zahl. Die Macht der Zahlen wird aber durch ihre Uneinigkeit gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird durch ihre unvermeidliche Concurrenz unter einander erzeugt und genährt. Die Gewerks-Genossenschaften hatten ihren Ursprung in dem freiwilligen Bestreben der Arbeiter, diese Concurrenz zu beseitigen oder wenigstens zu beschränken, in der Absicht sich Vertragsbedingungen zu erkämpfen, durch welche sie über die Stellung einfacher Sklaven emporgehoben würden. Der unmittelbare Zweck der Gewerks-Genossenschaften beschränkte sich daher auf die alltäglichen Bedürfnisse, auf augenblickliche Auskunftsmitel gegen die fortwährenden Uebergriffe des Kapitals, mit einem Worte: auf die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit. Diese Thätigkeit der Gewerks-Genossenschaften ist nicht bloß berechtigt, sie ist nothwendig. Sie darf nicht aufgegeben werden, so lange das gegenwärtige Produktionsystem dauert. Im Gegentheil, sie muß verallgemeinert werden durch die Gründung und Vereinigung von Gewerks-Genossenschaften in allen Ländern. Andererseits bildeten die Gewerks-Genossenschaften, sich selbst unbewußt, Organisations-Mittelpunkte der Arbeiterklasse, wie die mittelalterlichen Gemeinden und Korporationen es für die Bürgerklasse waren. Wenn die Gewerks-Genossenschaften für den kleinen Krieg zwischen Arbeit und Kapital unentbehrlich sind, so haben sie eine noch größere Bedeutung als organisatorische Körperschaften zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Herrschaft des Kapitals.

2. Ihre Gegenwart. Zu ausschließlich mit dem örtlichen und unmittelbaren Kampfe gegen das Kapital beschäftigt, haben die Gewerks-Genossenschaften noch nicht hinlänglich ihre Macht, gegen das System der Lohnsklaverei selbst zu wirken, begriffen. Sie haben sich deshalb zu sehr von der allgemeinen sozialen und politischen Bewegung fern gehalten. Neuerdings scheint ihnen allerdings das Bewußtsein ihrer hohen geschichtlichen Mission aufzudämmern; es erhellt dies unter Anderm aus ihrer Theilnahme an den jüngsten politischen Kämpfen Englands, aus dem erweiterten Gesichtskreis, den sie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gewonnen haben und aus dem nachstehenden Beschlusse, der auf der letzten großen Konferenz von Gewerks-Genossenschafts-Delegirten in Sheffield gefaßt wurde: „Die Konferenz anerkennt im vollsten Maße das Bestreben der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die Arbeiter aller Länder in einem großen Bruderbund zu vereinigen und legt den verschiedenen, hier vertretenen Gesellschaften ernstlich ans Herz, sich dieser Assoziation anzuschließen, in der Ueberzeugung, daß dies von wesentlicher Wichtigkeit für den Fortschritt und die Wohlfahrt der gesammten Arbeiterklasse sein würde.“

3. Ihre Zukunft. Abgesehen von dem ursprünglichen Zweck müssen die Gewerks-Genossenschaften jetzt bewußt als Organisations-Mittelpunkte der Arbeiterklasse deren vollständige Befreiung anstreben. Sie müssen jede soziale und politische Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, unterstützen. Wenn sie sich als Vorkämpfer und Vertreter der gesammten Arbeiterklasse betrachten und demgemäß handeln, können sie nicht ermangeln, die jetzt noch fehlenden Arbeiter in ihre Reihen herein-zuziehen. Sie müssen sich mit ernstem Eifer den Interessen der am schlechtesten bezahlten Arbeiter widmen, wie z. B. der ländlichen Tagelöhner, die durch ausnahmsweise Verhältnisse machtlos geworden sind. Sie müssen die Welt überzeugen, daß ihre Bemühungen, weit entfernt, engherzig und selbst-

süchtig zu sein, die Befreiung der unterdrückten Millionen bezwecken.“

Ein „Volksaufklärer“.

Wir erhielten folgende

„Erklärung.“

Herr Bremer hat in der „Demokratischen Zeitung“ vom 5. September einen Artikel veröffentlicht, mit der Ueberschrift: „ein Volksaufklärer“, von dem wir beklagen, daß er uns nicht früher zu Gesicht gekommen ist. Wir haben ihn sogleich unserm Verein vorgelegt, und hat derselbe uns einstimmig zu folgender Erklärung ermächtigt:

Schon früher hatte uns Herr Bremer durch seine Vorkämpfungen oft gelangweilt und ermüdet, so daß es zu dem Vereinsbeschlusse kam, daß wir seine Art, über die soziale Frage zu sprechen, nicht mehr hören wollten (!) (Siehe unsere Erklärung hierüber im Genfer „Vorboten“, 1867, Nr. 10. Oktober, Seite 157—158.)

In diesem Jahre war es der Gedanke, daß das Kapital der Feind der Arbeiter sei, den es Herrn Bremer drängte, und weitläufig auseinander zu setzen, und die Ungeduld und das häufige Rufen der Versammlung nach Schluß störte ihn nicht. Gerade unser Vorsitzender Uhlisch war es, der ihm das Wort zu erhalten suchte, und als die Anträge sich mehrten, dem eitlen Schwächer (!), der uns unsere schöne Zeit verderbe (!), das Wort zu entziehen, da war es dieser, der nebst anderen Vorstandsmitgliedern durch gütliches Zureden versuchte, Herrn Bremer (also doch!) zum Schweigen zu vermögen, da er doch erkenne, daß man ihn nicht hören möge. Da bestand er selbst darauf, daß es über den gestellten Antrag, ihm das Wort zu entziehen, zur Abstimmung komme: das ist in der nächsten Versammlung geschehen, und einstimmig hat ihm der Verein das Recht abgesprochen, ferner bei uns das Wort zu nehmen. Er hat darauf die Gründung eines eigenen Vereins versucht und wir wünschen ihm Glück dazu, wir sind froh, daß er uns nicht mehr stört (!) Welcher Art sein Charakter ist, das hat er gut nicht besser beweisen können, als durch jenen Aufsatz im „Demokrat. Wochenblatt“; derselbe ist vom Anfang bis zu Ende eine Entstellung der Wahrheit; und den Mann, der ihm gegen den Unwillen der Versammlung so oft das Wort zu erhalten suchte, den Mann, den Deutschland seit vielen Jahren als Volksfreund und Kämpfer für die Wahrheit kennt und ehrt, den entblödet er sich nicht, Heuchler und Volksverdummer zu schimpfen. Herr Bremer ist von seiner eignen Weisheit so fest überzeugt, daß er jeden, der ihm nicht Recht giebt und zu Willen ist, für dumm oder schlecht hält.

Magdeburg, am 20. Oktober 1868.

Der Vorstand des Arbeiterbildungs-Vereins.
Minner, stellvertretender Vorsitzender. Unger, Schriftführer.
Wagner. H. Held. Oppermann. Weise. Wegener.
E. Hinke. H. Kaiser. Gebhardt. C. Jordan.
Hüppner.“

Es freut uns, daß die Angaben unseres Freundes Bremer von gewiß unverdächtigster Seite so durchschlagend bestätigt worden sind. Der einzige Vorwurf, der ihn allenfalls treffen könnte, ist, daß er den „Arbeiterbildungsverein“ zu schonend behandelte. Allerdings, einen Arbeiterverein, dessen Mitglieder der Ansicht sind, daß ihnen durch Behandlung der auf dem Gegensatz von Arbeit und Kapital beruhenden Arbeiterfrage „die Zeit verdorben“ werde, kann man nur als

*) Soll heißen „Demokratisches Wochenblatt“.

Curiosum betrachten, das übrigens den volksaufklärerischen Talenten „Vater“ Uhlich's recht viele Ehre macht. Als bezeichnender, nicht auffallender Umstand sei noch erwähnt, daß obiges Altensstück auf Papier der Magdeburger Lebensversicherungsgesellschaft geschrieben ist. Was Herrn Uhlich betrifft, so hat er beiläufig in dem jüngsten freige-meindlichen Generalkratschänzchen zu Berlin aus Anlaß des Boruttg'u'schen Antrags wieder einmal seine pfäffische Intoleranz und seine Servilität gegen die Bourgeoise aufs Glänzendste bethätigt. Wir lassen nun den längst versprochenen zweiten Artikel folgen:

II.

Magdeburg, im Herbst.

Die „Magdeburger Zeitung“ brachte am 21. Juni einen Bericht aus dem politischen Leben Magdeburgs, der den nun allseitig hier gewonnenen Sieg der Nationalliberalen bejubelt. Die Art, wie dieser Sieg zu Stande gekommen, bedarf einer parteilosen Erläuterung.

Herr Uhlich, der nun siebenzigjährige Mann, wirkt seit 25 Jahren in stillem wie in lautem Wesen unablässig daran, die Religion dem Verstand gemäß zu gestalten. Daß es ihm mit seiner aufklärerischen Thätigkeit während der zukunfts-schwangeren vormärzlichen Zeit, namentlich bei dem wortreichen Liberalismus unserer Gemeindebeamten und Kaufleute geglückt, ist begreiflich. Uhlich ward Ehrenbürger Magdeburgs und 1848 Vertreter eines Landkreises unserer Provinz in der Berliner Nationalversammlung. Indes fand man damals schon sein Wirken nicht den von ihm gehegten Erwartungen entsprechend, und während der „Zuschauer“ der „Kreuzzeitung“ ihn als komische Person behandelte, ward auch in befreundeten Kreisen über manche Abstimmung mit ihm in öffentlicher Versammlung gerechelt, und mit Fremden vernahm man von anderen Abgeordneten, daß „Vater“ Uhlich nur nach heftigem Gemüthekampf Brandenburg *) gemieden und nur mit dem lebhaftesten Widerstreben die Schaar der Verfassungstreuen um seine Person gemehrt habe. Allein in der Hochfluth der nachfolgenden Reaktionsjahre traten dergleichen Charakterlosigkeiten in den Hintergrund. Uhlich's Gemeinde, ohnedies durch die an jeden Gebildeten herantretende inhaltsreichere und tiefere Zeitaufgabe schon an Mitgliederzahl ungemein zusammengeschmolzen, ward geschlossen, und es begann nun eine Reihe kleiner Verfolgungen, die für den Ehrenbürger der vormärzlichen Periode hiesiger Stadt sehr vortheilhaft wirkten. Reisen in das deutsche „Ausland“ und die Schweiz brachten dem „Märtyrer seiner Idee“ hier und da Ovationen, deren Glanz durch die Spalten der Blätter in die Heimath zurückleuchtete. Als die „neue Aera“ kam, gelang es Uhlich, mit Hülfe des vorstehera-mtsächtigen Kleinbürgerthums, eine neue Gemeinde zu bilden. Innere Zwistigkeiten, hervorgerufen durch die Willkür des Leiters und durch Ausschließungsgelüste gegen Alle, die sich vor dem „Propheten“ nicht auf die Knie werfen wollten, brachten freilich auch diese „Gemeinde“ immer mehr zurück, und wer Magdeburg kennt, weiß von ihrer gänzlichen Bedeutungslosigkeit zu sagen. Uhlich, indes ist ein industrielles Talent; er versteht es, die kleinste Bodenfläche als kluger Handlungsgärtner gehörig auszubenten, und benutzte mit Geschick den hiesigen „Bildungsverein“ und die allmonatlich wiederkehrende „Bürger-versammlung“, zum erwerbsmäßigen Anbau von Aufklärungs-lohl. Freilich blieben auch hier die Resultate seiner Methode nicht aus; wie aus seiner Gemeinde Alle, welche nicht dem

geistigen Proletariat verfallen sind, vertrieben wurden, so wandten sich bald aus dem „Bildungsverein“ alle regeren geistigen Kräfte, unter den Zuhörern nicht blos, sondern auch von dem sogenannten Lehrer-Collegium ab von diesem unter dem Mantel der Freiheits- und Wahrheitsphrasen versteckten Pfaffenenthum. Von den früheren Tausenden seiner Mitglieder sind keine zwei Hundert mehr geblieben!

(Fortsetzung folgt.)

Aus England.

London, den 2. November.

„Wenn Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit“, sagt das Sprichwort; ich habe neulich Gelegenheit gehabt, die Blindheit des Herrn Gladstone in Betreff der Arbeiterfrage festzustellen; Herr John Bright hat ebenfalls den Staat, und ist nur zu hoffen, daß ihm derselbe noch gestoßen werde. Wie dem Recht Ehrenwerthen Herrn Gladstone, dessen „Mann Freitag“ *) er jetzt ist, scheint ihm die Arbeiterfrage nicht von hinreichender Wichtigkeit um ernstlich darüber zu sprechen. Vorige Woche trat er in Birmingham auf; seine Rede beschränkte sich wie gewöhnlich auf das, was er und seine Freunde in der Vergangenheit gethan, wie recht sie gehabt in Allem, was sie gesagt und unternommen, und wie unrecht ihnen gegenüber die aristokratische Partei in allem ihrem Thun und Treiben sich erwiesen. Ueber eine Stunde paulte der greise Veteran auf die aristokratischen Häute, die schon längst gerübt sind. Das von Seiten der Arbeiter drohende Ungewitter, dessen Blitze, wenn sie irgendwo einschlagen, im Quartier des Herrn Bright einschlagen müssen, sieht er nicht. Seit er zum letzten Male vor seinen Wählern in der „Stadthalle“ (Rathhaus) zu Birmingham stand, hat sich sein Haar von Stahlgrau in Silberweiss verandelt. Das Ziel seiner Kämpfe gegen die Aristokratie ist beinahe erreicht, er ist auf dem Sprunge, als bürgerlich radikaler Agitator die Ministerbank zu ersteigen; wozu jetzt des alten Haders gedenken, welcher der Vergangenheit angehört?

Bekanntlich hat sich John Bright bei verschiedenen Anlässen gegen die von seinem Standpunkte extremen (zu weit gehenden) Candidaten und zu Gunsten der alten Parlaments-Mitglieder ausgesprochen. Die „extremen Candidaten“, das ist die neue, Bright feindliche Opposition, die im nächsten Parlament höchstens über zwei, drei Stimmen verfügen wird. Breadlaugh, ein besonders spitzer Dorn in den Augen des Herrn Bright, weil anerkanntes Haupt der nicht bibelgläubigen Freidenker, behauptet, daß seine Wahl durch die freidenkenden Schuhmacher von Northampton gesichert sei.

Betrachten wir uns nun eins der alten Parlaments-Mitglieder, ein junges Männchen, das so unschuldig aussieht, wie ein Täubchen, und bei der letzten Wahl, in einem Londoner Bezirk, mehr als 6000 Pfd. St. (40,000 Thlr.) verausgabte, und das Bright und Genossen für große Männer hält. Sein Name ist Friedrich Doukton. Als Mitglied des Ausschusses der öffentlichen Arbeiten von London benutzte er vor einiger Zeit seinen Einfluß, um einem gewissen Unternehmer einen Kontrakt zu verschaffen, wofür er 6000 Pfd. St. von besagtem Unternehmer erhielt, nachdem er auf Ehrenwort erklärt hatte, daß er keinerlei pekuniäre Interessen am Kontrakt habe. Hierauf macht unser Täubchen einen Ausflug nach Brüssel, schließt mit dem dortigen Bürgermeister einen Kontrakt zur Reinigung der Senne und zur Verschönerung der Stadt ab. Eine Gesellschaft wird errichtet, das Werk auszuführen. Er

*) Wobin die Regierung nach erfolgtem Staatsstreich die Nationalversammlung verlegt hatte.

*) Robinson Crusoe's Freund und Bedienter.

erhält Aktien zum Betrag von 100,000 Pfd. St. in der neuen Gesellschaft für nichts, 24,000 Pfd. St. baares Geld für seine Bemühung, und in Brüssel wird dann noch die Entdeckung gemacht, daß er sich von dem Kontraktor, der die Arbeit der Flugreinigung übernommen, 2,500,000 Franken (= 100,000 Pfd. St. = 670,000 Thlr.) ausbedungen hatte, welche in monatlichen Raten auszubehaft werden sollten! Er hatte bereits 148,000 Franken auf diese Weise erhalten, als ihn die belgische Regierung vor das Zuchtpolizeigericht lud wegen betrügerischer Empfangnahme besagter Summe. Im Prozeß kam an den Tag, daß die Redakteure der beiden ersten Brüsseler Blätter, der „Independance“ und des „Etoile“, jeder 20,000 Franken erhalten hatten, um die Nothwendigkeit besagter Arbeiten zu beweisen. Da Doullon ein Engländer ist, so entschied das Gericht, daß das neue belgische Strafgesetz nicht anwendbar sei. Der öffentliche Procurator erklärte, daß er die Sache weiter verfolgen werde.

Als weiterer Beitrag zur bürgerlichen Ehrlichkeit muß ich noch etwas erwähnen. Eine englische Finanz-Gesellschaft (Credit foncier) erlaubte ihren Direktoren einen gewissen Prozentsatz am Geschäft. Ein gewisser Grant, dessen Hand mit im Brüsseler Spiel war, zog auf diese Weise 75,000 Pfd. Sterl. Bei näherer Untersuchung entdeckten die Aktieninhaber, daß die vorgeblichen Geschäfte erdichtet waren und die Direktoren betrügerischer Weise 150,000 Pfd. St. (1 Million Thlr.) in die Tasche gesteckt hatten. Herr Walpole, bis vor kurzem Minister des Innern, hatte über 40,000 Pfd. St. empfangen. Ein Spaßvogel schrieb in seinem Namen an die „Times“, daß er Alles wieder zurückbezahlen werde. Die Zeitungen priesen diese rührende Ehrlichkeit, aber am folgenden Tage telegraphirte Herr Walpole, der Brief sei gefälscht. So spielen bürgerliche Schunken mit den Früchten der Arbeit. Welche Entrüstung würde nicht die „Independance“ und der „Etoile“ im Fall eines Strike's der Arbeiter zur Schau stellen? Man muß dergleichen Schuffereien kennen, um folgende Adresse zu würdigen:

An die Arbeitervereine der Vereinigten Staaten.

Bureau der Nationalen Arbeiter-Genossenschaft (National Labor-Union.) Philadelphia, den 1. Oktbr. 1868.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Vereinigten Staaten.

Der zweite Jahrestag der Nationalen Arbeiter-Genossenschaft liegt hinter uns. Durch einstimmigen Beschluß der Delegirten wurde mir die große Ehre zu Theil, zum Präsidenten der Nationalen Arbeiter-Genossenschaft berufen zu werden. Ich habe den Posten angenommen und bin bereit, Hand ans Werk zu legen, erwartend, daß jeder Mann und jede Frau, denen der Erfolg unserer Bestrebungen am Herzen liegt, Hand an's Werk legen werden. Wir haben ein Riesenwerk unternommen — eine soziale und politische Revolution, die ihres Gleichen nicht in der Weltgeschichte hat. Um innerhalb eines mäßigen Zeitraumes auf Erfolg rechnen zu können, bedarf es der vereinten Anstrengungen und beharrlichen Thatkraft eines jeden Freundes der guten Sache. Ich hoffe der Geduld, Ausdauer und Thatkraft nicht zu ermangeln; Ihr dürft aber nicht vergessen, daß ich ohne eure Mitwirkung ohnmächtig bin.

Der Arbeitertag hat beschlossen, sofort zur Organisation einer „Arbeiter-Reform-Partei“ zu schreiten, deren Zweck die Wahl von Arbeiter-Betretern in die Gesetzgebungen der Einzelstaaten und der Nation sein soll.

Die Organisation einer neuen Partei — einer Arbeiterpartei — zu dem Zweck, den Congreß und die verschiedenen Gesetzgebungen der Einzelstaaten zu beeinflussen, ist ein ungeheures Unternehmen, aber es kann und muß vollbracht werden. Wir haben den Politikern von Handwerk aller Parteien lange genug als Werkzeuge gedient; reißen wir uns los von allen bisherigen Parteibanden, um eine Arbeiterpartei zu organisiren, die auf Ehrlichkeit, Sparsamkeit und die Gleichberechtigung Aller begründet ist. Die Tage der Riesen-Monopole und der Klassengesetzgebung müssen enden. Das Geld hat uns lange regiert, versuchen wir das Geld zu regieren. Wir bedürfen gleicher Besteuerung jeder Art von Eigenthum nach seinem wirklichen Werth, ob es in Häusern oder Staatspapieren besteht. Unser Schlachtruf sei: Nieder mit dem Geldsack! Hoch das Volk!

Laßt jeden Mann und jede Frau Hand an's Werk legen. Zögert nicht. Bedenkt, „Aufschub ist der Dieb der Zeit“ (procrastination is the thief of time). Laßt Jeden mit dem Entschluß beginnen, daß wir 1872 den Präsidenten wählen und in der Zwischenzeit die Gesetzgebung beeinflussen wollen. Machen wir uns ernstlich daran, dieses große Werk durchzusetzen, so werden in kurzer Zeit die feindlichen Gesetze verschwinden, und einfache praktischen Gesetze zum Schutze und zur Ermuthigung aller Verdienstvollen werden ihren Platz einnehmen, und die Drogen, die sich von der Arbeit der Armen mästen, werden gezwungen sein, durch ehrliche Arbeit ihr Brod zu verdienen oder zu darben. Laßt uns nicht warten, bis wir in die Noth gerathen. Hört auf, Euch zu vertheidigen, greift an! Führt Krieg gegen jede widerstrebende Macht; habt Vertrauen in das Recht und der Erfolg wird kommen. Mit dem Beistand Anderer werde ich so schnell wie möglich nach einem systematischen Operationsplan zu handeln anfangen, und fordere Jeden auf, der einen guten Rath geben kann oder eine Frage stellen will, sich schriftlich an mich zu wenden.

William H. Sylvie,
Präsident der Nationalen Arbeiter-Genossenschaft

Dank.

Der unterzeichnete Verein hat beschlossen, den Herren Albert und Uhlig in Glauchau für die dem Verein bei seiner Gründung und seit seinem Bestand mit acht demokratischer Aufopferung erwiesenen Dienste öffentlichen Dank auszusprechen.

Niederlungwitz, den 1. November 1868.

Der Volksverein.
August Bogel, Vorstand.

Vermischtes.

Zwiegespräch in Berlin. „Excellenz, in Dresden ist Revolution!“ — „Sind schon Truppen hingeschickt?“ — „Nein, es scheint vorüber.“ — „Schade, hätte einen hübschen Interventionsfall à la 1849 gegeben. Wie viel Todte?“ — „Keine; die Soldaten sind sehr schonend vorgegangen.“ — „Doch! ich's doch! Diese Sachsen sind keinen Schuß Pulver werth!“ („Seifenblasen.“)

Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen.

Rehrfach ist bereits in diesem Blatte auf Konflikte hingewiesen worden, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern oder zwischen Arbeitern und Behörden ausgebrochen sind, weil erstere die ihnen nach dem Gesetz zustehende volle Selbstverwaltung ihrer Kassen in Anspruch nehmen. Diesem Bestreben hat sich der noch zum Theil im Kleinmeisterthum wurzelnde Junst- und Bevormundungszwopf lebhaft widersetzt, und wo ein Widerstand von Seiten der Meister nicht vorhanden war oder ist, sind es vielfach die Behörden, die nach echter Bureaukratenweise, getränkt mit der Lehre vom „beschränkten Unterthanenverstand“ den Arbeitern ihr Recht, oft durch die kleinlichsten Mittel, zu verkümmern suchen. Zum Beleg dafür, daß die Arbeiter nach dem Gesetz vollständig berechtigt sind, die volle Selbstverwaltung ihrer Kassen ohne irgend eine Einmischung der Arbeitgeber oder Behörden auszuüben, lassen wir hier die betreffenden neuen Paragraphen der Gewerbeordnung wie sie im 12. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1868 enthalten sind, wörtlich folgen.

Es heißt dort: § 16. An die Stelle von §§ 97 bis § 160 des Gewerbegesetzes treten folgende Bestimmungen:

„1. Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter sind verpflichtet, zu einer Kasse Beiträge zu zahlen, deren Zweck die Unterstützung in Erkrankungsfällen und die Bestreitung von Beerdigungskosten ist.

2. Vorstehender Verpflichtung wird genügt durch den Nachweis der Theilnahme bei irgend einer der zur Errichtung der bezeichneten Zwecke bestehenden oder noch zu errichtenden Kassen, welche den allgemeinen Voraussetzungen der Sicherheit nach Einrichtung und Mitgliederzahl entspricht.

3. Soweit durch die bestehenden oder durch die Theilnahme noch zu errichtenden freiwilligen Kassen dem Bedürfnisse nicht genügt wird, ist von Seiten der Obrigkeit zu Bildung von Kassen zu schreiten, zu welchen dann sämtliche, keiner anderen Spezialkasse angehörende Gehülfen und Fabrikarbeiter zu steuern verbunden sind.

4. Soweit es sich um die Krankenkasse handelt, kann der Zweck auch durch die Verpflichtung zu regelmäßigen Beiträgen an ein für den Ort oder den Bezirk bestehendes Krankenhaus erreicht werden.

5. Das Mandat vom 7. December 1810 wird aufgehoben. Die nach demselben begründeten Kassen können zwar als freiwillige fortbestehen, haben aber ihre Statuten nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung durch Vertreter der Theilgenommenen umzugestalten.

Im Falle der Auflösung einer solchen Kasse fällt das etwa vorhandene Activvermögen derselben der nach Punkt 3 errichteten allgemeinen Bezirkskasse zu.

6. Arbeitgeber können sich nicht weigern, restirende Beiträge zu einer Krankenkasse auf Anlangen der Kassenverwaltung dem Arbeiter vom Lohne zu kürzen und an die Kasse abzuliefern. Bestreitet der Arbeiter die Verbindlichkeit, so ist die Differenz zur Entscheidung nach § 103 des Gewerbegesetzes zu bringen.“

Das ist klar und deutlich gesprochen. Die §§. 1 und 2 sagen also, daß Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter verpflichtet sind, überhaupt einer Kasse anzugehören, deren Zweck die Unter-

stützung in Erkrankungsfällen und die Bestreitung von Beerdigungskosten ist. Der Eintritt zu jeder beliebigen Kasse, die diesen Anforderungen entspricht, steht Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeitern frei. Sie können zum Beitritt zu keiner Kasse, sei dies nun Innungs-, Fabrik- oder Ortskrankenkasse, gezwungen werden, wenn sie nachweisen, daß sie schon einer andern Kasse, die den Zweck nach dem Wortlaut des Gesetzes erfüllt, angehören. Wenn im §. 3. der Obrigkeit das Recht eingeräumt wird, zur Bildung von Kassen zu schreiten, „soweit durch die bestehenden oder durch die Theilgenommenen noch zu errichtenden freiwilligen Kassen dem Bedürfnis nicht genügt wird,“ so versteht sich dabei von selbst, daß auch die Obrigkeit Niemand zwingen kann, er von ihr gegründeten Kasse beizutreten, wenn der betreffende Arbeiter bereits zu einer andern gehört. Ebenso muß die Obrigkeit es ruhig geschehen lassen, wenn eine genügende Anzahl Arbeiter zusammentreten, selbstständig eine Kasse gründen und dann aus der von der Behörde gegründeten Kasse austreten. Diesem Recht der Arbeiter wird namentlich in kleineren Orten vielfach entgegengehandelt. Dort verfährt die Behörde mit absoluter Gewalt, sie dekretirt ein Statut zu einer Kasse, setzt die Beiträge, die Höhe der Unterstützung fest und zwingt nun jeden Arbeiter dieser Kasse beizutreten, ohne zu fragen, ob er einer andern Kasse angehört oder beitreten will. In die Verwaltung und die Verausgabung der Gelder haben die Arbeiter natürlich nichts hinein zu reden, sie haben zu zahlen, damit Basta. Wir rathen den Arbeitern, die man zu einer Ortskasse beizutragen zwingen will, während sie schon zu einer andern bestehenden Kasse gehören, ihr Recht nicht leichtsinnig preiszugeben, nöthigenfalls den Entscheid der höheren Behörde anzurufen. Die Selbstverwaltung der Unterstützungskassen ist ein Recht, um das die Arbeiter Jahre lang gekämpft und gestritten haben; nunmehr da sie es erreicht, sollen sie es auch ausüben. §. 4. kann auch nur so aufgefaßt werden, daß direkte Leistungen an ein Krankenhaus nur da zu machen sind, wo Jemand einer besondern Kasse für Krankenpflege nicht angehört. §§. 5 und 6 sprechen für sich selbst. Der im letzten Absatz angezogene §. 103 des Gewerbegesetzes überweist alle privatrechtlichen Forderungen der Arbeiter und Arbeitgeber untereinander der Entscheidung der Justizbehörden. Wir glauben durch die obige Darlegung des Sachverhalts den Arbeitern in Sachsen — denn nur für diese hat das angezogene Gesetz Gültigkeit — bewiesen zu haben, welches Recht bezüglich der Kranken- und Unterstützungskassen in ihre Hände gelegt ist; ihre Sache ist es nun von diesem Rechte auch den umfassendsten Gebrauch zu machen. Sollten Behörden trotz alledem der freien Ausübung dieses Rechts Hindernisse in den Weg legen, dann bitten wir uns davon Nachricht zukommen zu lassen, damit wir ein solches Verfahren der Öffentlichkeit übergeben und weitere Maßregeln treffen können.

Massen-Versammlung in Wien.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird geschrieben:

„Wien, 27. October. Gestern fand in Zobel's Lokalitäten eine Volksversammlung statt, die bedeutendste, welche wir seit 20 Jahren hier erlebt haben. Den außerordentlichen Anstrengungen des sozialdemokratischen Comité's

war es endlich gelungen, die Bewilligung der Polizeibehörde zu einer Versammlung zu erhalten. Obwohl die Eröffnung der Versammlung auf 8 Uhr festgesetzt war, so rückten doch schon nach 6 Uhr zahlreiche Arbeiterschaa ren in die Versammlungslokalitäten ein. Ihre Haltung, ihre Physiognomien erinnerten unwillkürlich an die Freiligrath'schen Worte:

„Wir sind die Macht, wir hämmern jung
Das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind
Bis jetzt das Proletariat.“

Gegen 7 Uhr war der große Zobel'sche Saal und die anstoßende noch geräumigere Sängerkhalle überfüllt. „Alles stand so dicht gedrängt an einander,“ — berichtet heute das „Wiener Tagblatt“ — „daß das Wort, es hätte kein Apfel zu Boden fallen können, sich bewahrheitet hätte.“ Gegen 8000 Personen mochten um 8 Uhr in den beiden Sälen anwesend sein. Viele Tausende, 1 unter nahe an 1500 Nordbahnarbeiter, und über 2000 inner aus den entlegenen Bezirken Ottakring, Lerchenfeld, Perggrund und Leopoldstadt konnten keinen Zutritt mehr erhalten. Wenige Minuten nach 8 Uhr wurde die Versammlung durch Herrn Dr. Lauschinsky, den Obmann des Comité's, eröffnet und derselbe auch nach einer kurzen Begrüßungsrede durch Acclamation zum Vorsitzenden erwählt. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf den Bericht des Comité's über seine seitherige Thätigkeit. Nachdem Dr. Metall die Schwierigkeiten geschildert, welche sich der Einberufung einer Versammlung entgegenstellten, sollte Hartung über die Thätigkeit der Parteidelegirten auf dem Nürnberger Arbeiterkongresse und Oberwinder, hieran anschließend, über die Versammlung der deutschen Volkspartei in Stuttgart und die dormalige Stellung der Parteien in Deutschland referiren. Da die genannten Herren Comitemitglieder sind und als solche nach Nürnberg gesandt worden waren, so gehörten ihre Referate selbstverständlich zum Berichte des Comité's. Nichtsdestoweniger duldete derjenige Polizeikommissär (es waren nämlich mehrere da), welcher sich seinen Platz neben dem Vorsitzenden gewählt hatte, die erwähnte Berichterstattung nicht, weil dieselbe nicht speziell bei der Behörde angemeldet sei (!). Auch im Laufe der weiteren Verhandlungen ließ der Herr Commissär die Redner öfters unterbrechen, obwohl man sich streng an die Tagesordnung hielt, und selbst die exaltirtesten Arbeiterredner sich diesmal in den Schranken der Mäßigung hielten. Mehrmals äußerte die Versammlung lebhaft ihren Unwillen über diese Unterbrechungen; aber ein Wort des Vorsitzenden genügte, um die Massen wieder zu beruhigen und die scheinbar erwünschte Gelegenheit, die Versammlung zu schließen, wurde nicht geboten. Bezüglich des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Allgemeine Erläuterung des sozial-demokratischen Programms“, hatte schon Polizeidirektor von Strohbach erklärt, daß über den Passus „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nicht gesprochen werden dürfe. Der Herr Hofrath fürchtete wohl eine Kundgebung zu Gunsten der Czechen. Nach Erledigung dieses Gegenstandes der Tagesordnung legte das Comité in Bezug auf die drei ersten Punkte des Programms der Versammlung folgende Resolutionen vor:

Pressfreiheit. In Erwägung, daß die Presse durch die auf ihr lastenden gesetzlichen Beschränkungen ihren Werth als Mittel zur Volksbildung verliert, daß sie ferner durch die Kauttionen, Stempelsteuern u. s. w. ein Monopol des Kapitals zu werden droht: erklärt die Versammlung vom 26. Oktober 1868 die absolute Pressfreiheit für eine unerläßliche Bedingung des wahrhaften Rechtsstaates.

Bereinsrecht. Im Anschlusse an die Resolutionen des deutschen Volksvereins vom 26. März 1868 erklärt die Volksversammlung: 1. die Gesetze von 15. November 1867, Nr. 134 und 135 R. G. B.), gewähren das durch den Artikel 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 142 R. G. B., den österreichischen Bürgern zugesicherte Recht, sich „zu versammeln und Vereine zu bilden“, nicht; es sind daher jene Gesetze „als eine Regelung der Ausübung dieser Rechte“ als solcher nicht anzusehen; 2. vielmehr sind das unumschränkte Vereins- und Versammlungsrecht, sowie das Coalitionsrecht der Arbeiter unerläßliche Bedingungen eines wahrhaften Rechtsstaates.

Wahlrecht. 1. Die Volksversammlung erklärt das allgemeine Wahlrecht als das Grundprinzip der Demokratie und als ein unerläßliches Kampfmittel des Volkes. 2. Die Volksversammlung erblickt in der Einführung direkter Wahlen und in der Erweiterung des jetzt bestehenden Wahlrechtes ein dem Ziele näher führendes Zugeständniß.

Diese Resolutionen wurden nach einer längeren Debatte einstimmig angenommen und zugleich beschlossen, dieselben dem Reichsrathe mitzutheilen und zwar in Form einer Petition, für welche in der ganzen Monarchie Unterschriften gesammelt werden sollen. Das Comité wurde mit der Ausführung beauftragt. Eine Geldsammlung zum Zwecke der Deckung der entstehenden Ausgaben (Lokalmiethen, Druckkosten) hatte Hofrath von Strohbach ebenfalls verboten, weil er vielleicht glaubte, dadurch die Versammlung unmöglich zu machen. Um 10 Uhr war die Versammlung zu Ende, aber der Jubel über ihren glänzenden Verlauf nahm erst seinen Anfang. Es lebe die Sozialdemokratie! Hoch Lauschinsky! Hoch Oberwinder und Hartung! Diese Rufe verstummten selbst noch nicht auf der Straße. Ein großer Theil der Anwesenden verblieb bis in die späte Nacht in der Sängerkhalle, darunter auch die Gemeinderäthe Steudel und Dr. Schrank. Der erstere nahm bei diesem geselligen Zusammensein Gelegenheit, seine Freude über die errungenen Erfolge auszusprechen. Er sagte u. A.: „Ich kann Ihnen in meinem und meiner Freunde Namen versichern, daß wir stets bereit sein werden, für die Sache, welche heute hier vertreten worden ist, einzustehen und nöthigenfalls auch mit unserm Leben.“ Die gestrige Versammlung wird voraussichtlich in gewissen Kreisen der Hauptstadt einen außerordentlichen Eindruck machen. Man wird einsehen, daß unsere demokratische Volksbewegung nicht mehr durch Polizeimaßregeln zurückgedämmt werden kann.“

Vermischtes.

Segnungen des Militarismus. In Algerien sind binnen der letzten 12 Monate fünfmalhunderttausend Menschen, ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, dem Hunger erlegen; und das in einem Lande, das einst die Kornkammer des alten Rom war! Freilich, damals hatte man noch keine Ahnung von dem modernen Militärstaat, der die fruchtbarsten Länder zu ruiniren versteht.

*) Reichs-Gesetz-Buch.